

Verhandlungen zu den WTO-Regeln über RTAs

Die bisher geltenden Regeln sind in Dokument 5 ([WTO-Regeln zu Regionalen Handelsabkommen](#)) aufgeführt.

Der Bedarf der WTO-Mitgliedstaaten an neuen Regeln

Entscheidend sind vor allem zwei Faktoren. *Erstens*: Die bisherigen Regeln sind vielen Mitgliedstaaten nicht klar genug formuliert. Die Interpretation von Konzepten wie „substantially all the trade“, „reasonable time span“ oder „exceptional circumstances“ hat sich als sehr kontrovers erwiesen.

Zweitens: Das Verfahren, mit dem die WTO-Konformität von Regionalen Handelsabkommen festgestellt werden soll, beruht auf dem Prinzip der Einstimmigkeit im zuständigen „Ausschuss für regionale Handelsabkommen“ (CRTA). Das heißt, ein Land, das ein nicht WTO-konformes Handelsabkommen eingeht, kann gegen diese Feststellung selber ein Veto einlegen.

Als Folge dieser beiden Faktoren hat der CRTA seit 1995 nicht ein einziges Mal entscheiden können, ob ein ihm gemeldetes Abkommen WTO-konform ist oder nicht. Weil aber gleichzeitig die Zahl der bilateralen und regionalen Handelsabkommen weiter steigt und immer mehr WTO-Mitglieder an ihnen teilnehmen, wollen viele Regierungen das Verhältnis WTO-RTA jetzt klären.

Die Position der EU

Die EU arbeitet in der WTO in der *Negotiating Group on Rules* auf eine Reform der geltenden Bestimmungen zur Vereinbarkeit der Meistbegünstigungsklausel und regionaler Freihandelsabkommen. Im Mai reichte die EU dazu bereits den zweiten Änderungsvorschlag ein. Dabei geht es vor allem um eine mögliche Änderung des Artikels 24 GATT (s. [Dokument 5](#)).

In dieser Eingabe fordert die EU, dass regionale Abkommen das „offene, auf Regeln beruhende multilaterale Handelssystem“ unterstützen soll, weitere wichtige Kriterien seien die Förderung von Wirtschaftswachstum auf internationaler Ebene und das Einbeziehen von Entwicklungsländern in globale Wirtschaftsbeziehungen. Hintergrund sei die stark anwachsende Zahl regionaler Abkommen von „manchmal schlechter Qualität“ in den vergangenen Jahren.

Die gegenwärtige Situation sei für niemanden vorteilhaft, denn während FTAs einerseits für die meisten WTO-Mitglieder notwendige und auch legitime Mittel zur Förderung ihrer Ökonomien seien, drohten andererseits Nachteile für Nicht-Mitglieder von FTAs.

Ferner wird argumentiert die EU, regionale Integration biete vielversprechende Entwicklungschancen auch für die am wenigsten entwickelten Länder. Die WTO müsse berücksichtigen, dass FTAs mit diesen Staaten aufgrund des geringeren Handelsvolumens eine weniger schwerwiegende Diskriminierung Dritter bedeute.

Weiterhin kontrovers ist die **Auslegung des Art.24, §8 GATT**, welcher von RTAs die Liberalisierung von „**substantially all the trade**“ fordert. Die schon in der Uruguay-Runde begonnenen Verhandlungen dazu, die jetzt vom *Committee on Regional Trade Agreements* (CFTA) geführt werden, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Zumeist wurde die Klausel als äquivalent zu „90 Prozent des Handels“ gedeutet.

Unklar ist weiterhin auch die Auslegung der geltenden Bestimmungen für die maximale Dauer von Übergangsfristen zum Erreichen einer FTA. **Art. 24, §5c GATT**

forderte einen Zeitplan für Abkommen, die zu einer FTA oder Zollunion führen sollen. Während der Uruguay-Runde einigten sich die GATT-Mitglieder darauf, dass diese **Übergangsfrist „nur in Ausnahmefällen 10 Jahre überschreiten sollte“**. In der Folge war die Definition dieser Ausnahmefälle Anlass zu Spekulationen, und bei vielen FTAs der neuen Welle in den 90ern wurden 10 Jahre deutlich überschritten. Während die EU ein Überschreiten der 10 Jahre grundsätzlich nicht ausschließen möchte, drängt sie aber in ihrer Eingabe vom Mai 2005 auf eine klare Definition der Bedingungen solcher Ausnahmen.

Für Verwirrung sorgen auch die **Begriffe „andere Handelsregulierungen“ bzw. „andere Handelsbeschränkungen“** in Art. 24. Die EU bezieht sich hier positiv auf einen südkoreanischen Vorschlag, zur Klärung die sogenannte Standardformatliste zugrunde zu legen. Im übrigen plädiert sie für eine möglichst enge Auslegung, da sonst nur entfernt mit Handel zusammenhängende Bereiche abgedeckt würden, mit erhöhtem technischen und administrativen Aufwand.

Die Position der AKP-Staaten

Die AKP-Staaten, vertreten durch Botswana, haben ihre Position in der Negotiating Group on Rules durch eine Eingabe vom April 2004 dargestellt. Sie plädieren dafür, **special and differential treatment für Entwicklungsländer in Nord-Süd-RTAs** zu ermöglichen. Außerdem treten sie für den Erhalt der enabling clause ein. Die AKP-Staaten argumentieren, der Art.24 des GATT 1994 sei relativ direkt aus der entsprechenden Bestimmung des GATT 1947 übernommen. Damals habe es kaum oder gar keine Nord-Süd-RTAs gegeben, so dass es nicht verwunderlich sei, dass dieser Artikel Entwicklungsaspekte von Ländern des Südens nicht berücksichtigt.

Die AKP erkennen an, dass Artikel 24 in seiner momentanen Auslegung *de facto* einige **Flexibilität** für ihre Schutzinteressen bietet. Nötig sei aber eine voraussehbare, eindeutige Regelung *de jure*. Diese *de facto* Flexibilität werde aber ohnehin durch **Entscheidungen des WTO-Streitschlichtungsmechanismus** eingeschränkt. Dieser hatte etwa 1996 der Türkei (die damals grade eine Zollunion mit der EU eingegangen war) untersagt, gegenüber Indien Quoten auf den Import von Textilien zu verhängen.

Ein anderes Argument für die Aufnahme von S&D-Regelungen in Art. 24 GATT ist der Verweise auf Art. 5 GATS, wo sich entsprechende Hinweise finden. Zum Verständnis von „reasonable period of time“ schlagen die AKP vor:

„The maximum length of the transition period permissible is to be established, the period should be determined in such a manner that it is consistent with the trade, development and financial situation of the developing countries, but in any case not less than 18 years.“

Schließlich wird gefordert, die Zuständigkeiten für RTAs in der WTO klarer zu regeln, so dass Entscheidungen des CRTA nicht von Entscheidungen des Streitschlichtungsmechanismus aufgehoben werden können.

Zum Vorschlag der AKP-Staaten bezüglich der Reform von FTA-Regelungen hat die EU mit Einschränkungen Zustimmung geäußert. So seien die bisherigen Regelungen zu verschiedenen Arten von RTAs für Entwicklungsländer „wenig kohärent“ und „unlogisch“.

Positionen anderer Staaten

Im bisherigen Verlauf des Jahres 2005 haben sich eine Reihe weiterer Staaten in der *Negotiating Group on Rules* zu RTAs geäußert.

Australien hat in seiner Eingabe vom 13. Mai deutlich strengere Auflagen für RTAs gefordert. Die Schwemme von bilateralen Abkommen (voraussichtlich 300 arbeitende RTAs Ende 2007) drohe sonst die Wirksamkeit der Meistbegünstigungsklausel (MFN) als multilateralem Grundprinzip des Welthandelssystems zu untergraben. So sollen RTAs von Beginn an 70 Prozent der Handelslinien (sechsstelliger Code im „harmonisierten System“) liberalisieren, nach zehn Jahren sollen 95 Prozent erreicht sein.

China verteidigte im Juli in seiner Eingabe die *enabling clause* als Sinnvolles und eigenständiges Instrument, das bei einer Reform des Art. 24 GATT nicht beschnitten werden dürfe. Die Übergangsfrist von zehn Jahren reiche im Allgemeinen aus, Ausnahmen müssten sehr klar definiert werden. Im übrigen sollten neue RTA-Regelungen rückwirkende Geltung haben.

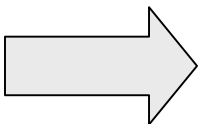
Taiwan äußerte Anfang August ebenfalls Sorge über die Krise der MFN-Regelung und schlug vor, Beitrittsklauseln für bestehende RTAs einzuführen, um deren Zahl insgesamt geringer zu halten.

Entwicklungspolitische Dimension der Verhandlungen

Wenn ein regionales oder bilaterales Handelsabkommen, an dem ein Industrieland beteiligt ist, WTO-konform sein soll, dann muss es über bereits bestehende WTO-Verpflichtungen hinaus gehen. Der Zwang zu WTO-plus ist besonders schwerwiegend für Entwicklungsländer, die bisher noch nicht einmal WTO-Mitglieder sind (An den EU-Freihandelsprojekten mit den südlichen Mittelmeeranrainern und den AKP sind auch solche Länder beteiligt.)

Besonders brisant sind die Verhandlungen für die geplanten EPAs zwischen der EU und den einzelnen AKP-Regionen (vgl. [Fact Sheet EU-AKP](#)). Wollte man hier den Schwellenwert von 90 Prozent anwenden, was erklärte Ambition der EU ist, wären Marktöffnungsverpflichtungen von knapp 100 Prozent für die EU und gut 80 Prozent für die AKP die Folge. Doch auch wenn die Handelsschranken nur für 80 Prozent ihres Importhandels wegfallen, ist das für viele AKP-Staaten noch sehr viel. Deren Industrien befinden sich im besten Fall gerade im Aufbau und bedürfen eines besonderen Schutzes.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich, warum sich die AKP-Staaten in der *Negotiating Group on Rules* engagieren. Sie möchten den WTO-Rahmen jetzt lockern, damit ihre Abkommen mit der EU durch die WTO-Kompatibilitätsprüfung nicht noch verschärft werden.



Weiterführende Dokumente

- AKP-Vorschlag: WTO-Dokument TN/RL/W/155, zugänglich über <http://docsonline.wto.org>
- EU-Vorschlag: WTO-Dokument TN/RL/W/179
- Liste bei der WTO untersuchter FTAs: WT/REG/14
- Der [Streitschlichtungsmechanismus](#) in der WTO
- Informationen zum [CRTA](#)